

Eine Auseinandersetzung mit Gewalt aus historischer Perspektive

Geschichte? Alles andere als ein langweiliges Wiederkäuen zeitlicher Daten, wie es das dreitägige „Weimarer Rendez-vous mit der Geschichte“ beweist. Die Veranstaltungsreihe in der Zeit vom 4. bis 6. November zeigte die Vielfalt der Gewaltformen und der damit verbundenen geschichtlichen Auseinandersetzung.

Gibt es eine gewaltfreie Gesellschaft? Wohl nicht. Seit Anbeginn der Menschheit begleitet das Phänomen der Gewalt den Menschen und ist im Denken und Handeln der Akteure nicht wegzudenken. Sie ist ein ständiger Begleiter im privaten wie öffentlichen Leben. Angefangen bei latenter Gewalt der Einflussnahme über staatliche Gewalt hin zu der auf Personen bezogenen Gewalttätigkeit, der *violentia*. Die Mannigfaltigkeit in Bedeutung und Ausprägung wurde während des Weimarer Geschichtsfestivals unter dem diesjährigen Motto „Gewaltmenschen Menschengewalt“ deutlich. Das Veranstaltungsangebot führte angefangen von Podiumsdiskussionen, Lesungen, Ausstellungen, Workshops, kulturellen Abenden bis hin zu Filmvorführungen.

Im Vordergrund der etwa 20 Podien mit anschließenden Diskussionsrunden stand insbesondere die Zeit nach der Französischen Revolution 1789 bis hin zur ‚Arabellion‘. Anhand der Bandbreite der Themen, angefangen bei Lesungen, wie der Kriminalgeschichte von Klaus Dalki „Die Bombe auf dem Zwiebelmarkt“ in der Eckermann Buchhandlung über die Auseinandersetzung mit der staatlich verfassten, an ein Amt gebundenen Gewalt, der *potestas*. Weiter ging es mit Themen, wie dem Sklavenhandel oder der Frage nach Formen des Widerstands bis hin zu Aspekten von Gewalt in der Schule oder dem Umgang der Medien mit Gewalt. Wenngleich Gewalt kein genuin europäisches Phänomen ist, so stand insbesondere die Region Europa in vielen Veranstaltungen im Betrachtungsfeld.

So beschäftigt sich derzeit eine junge Forschergruppe der Deutschen Forschungsgemeinschaft aus Gießen und Kassel im Rahmen des Forschungsprojekts „Fremde (als) Gewaltgemeinschaften. Zur Realität und Wahrnehmung fremder Gewaltstrukturen“ mit der *violentia*, der auf die direkt am Menschen ausgeübten Gewalttätigkeit. Ihre Phänomenologie von Gewalt stand im Zusammenhang mit der Zuschreibung ‚Fremdheit‘, die sich Regionen übergreifend auch Ostafrika widmet. Ein weiterer Regionen überspannender Bezugsrahmen wurde durch die Auseinandersetzung mit Gewalt in Veranstaltungen zum außenpolitischen Handeln aufgebaut. Dabei wurde unter anderem auf die ‚Arabellion‘ als eine der großen Revolten im Kontext historischer Umbrüche eingegangen, so beispielsweise in der Podiumsdiskussion „Gewalt als Geburtshelferin der Geschichte. Revolutionen von 1789 bis 2011“. Gemeinsam mit dem am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam und dem in der Humboldt-Universität zu Berlin tätigen Professor Doktor Martin Sabrow, dem Pariser Geschichtsdozenten Doktor Guillaume Lasconjarias sowie dem am Centre Marc Bloch in Berlin tätigen Doktor Daniel Schönplflug wurden die großen Revolutionen in Frankreich 1789 und Deutschland 1989 sowie der ‚arabische Frühling‘ thematisiert. Zu

Beginn führte der Moderator Prof. Dr. Sabrow in die Thematik der Gewalt ein. Er bezog sich auf drei Ansätze, die in der Einleitung des Buches „Der Rote Terror: Die Geschichte des Stalinismus“ von Professor Dr. Jörg Baberowski sehr eingehend beschrieben seien, so Prof. Dr. Sabrow. Er verwies darauf, dass die Gewalt als ein Konstrukt verstanden werden müsse. Im Mittelpunkt standen die Französische und Deutsche Revolution sowie die ‚Arabellion‘. Michael Dreyer, Professor für Ideengeschichte an der Universität Jena, gab im Zusammenhang mit der ‚Arbellion‘ einen Einstieg zu den aktuellen Geschehnissen, womit ein vergleichender Bezug zu den großen Revolutionen in Frankreich und Deutschland hergestellt wurde. Im Wesentlichen wurde der Frage nachgegangen, wie Revolutionen entstehen und welche Ausgestaltung diese annehmen können. Im Kontext der ‚Arabellion‘ erhielten die Zuhörer einen kleinen Einblick in den aktuellen Stand, der aus Zeitungen weitestgehend bekannt sein dürfte. Doch warum kommt es zu Revolten und Revolutionen? Sind es Volksbegehren mit einer klar ausformulierten Forderung, deren Austragungsort der öffentliche Raum ist und deren Inhalte durch den Widerstand derjenigen, die an der alten Ordnung festhalten wollen, niedergeschlagen werden? Viel wichtiger jedoch war die Frage, ob ein radikaler Umbruch der bestehenden politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse nur durch die Anwendung von Gewalt möglich ist. Prof. Dr. Sabrow machte auf die unblutige Revolution von 1989 aufmerksam, aber verwies zugleich darauf, dass die Ereignisse während der Bürgerbewegung sowie den Reaktionen der DDR-Obrigkeit mitnichten innerhalb einer „romantisierten Vorstellung“ einer völligen Gewaltlosigkeit betrachtet werden können. Weiterhin zitierte er die von Erich Mielke im Spiegelinterview 1992 formulierte Frage „Wie kommt es eigentlich, dass wir einfach so unsere DDR aufgegeben haben?“ Diese Aussage wirkt irreführend. Was nach einem kampflosen Aufgeben klingen mag, war eingebettet in den Kontext der Widerstandsbewegungen gegen die durch das sozialistische Regime festgelegte Unfreiheit und wies extreme Spannungen auf. Dennoch stellt sich die Frage, warum es während der deutschen Revolution nicht zu blutigen Massakern kam, wie im Juni 1989 auf dem Tian'anmen-Platz in Peking. Lag es an der institutionellen Schwäche der DDR oder an einer politisch-kulturellen Werteverstärkung im Sinne einer säkularen Abkehr von der Gewaltfixierung? Angeregt mit vielen Denkanstößen wird der Zuhörer über verschiedene Ansätze von Gewalt geführt. Dabei stellte Prof. Schönplüg die strukturelle Gewalt als effizientesten Ansatz zur Erklärung der Entstehung von Gewalt heraus. Er bezog sich auf Johan Galtung, der die strukturelle Gewalt folgendermaßen formulierte: „Strukturelle Gewalt ist die vermeidbare Beeinträchtigung grundlegender menschlicher Bedürfnisse oder, allgemeiner ausgedrückt, des Lebens, die den realen Grad der Bedürfnisbefriedigung unter das herabsetzt, was potentiell möglich ist“. In diesem Zusammenhang verweist er darauf, dass es viele Ursachen zur Erklärung von Gewalt gibt, die sehr komplex seien. So wurde in Frankreich gegen Ende des 18. Jahrhunderts die Forderung nach einer Verfassung laut, die auf der Volkssouveränität beruhen sollte. Die Forderung einer Gruppe habe Signalcharakter gehabt und dazu geführt, dass in einzelnen Subsystemen Gewalt ausgebrochen sei. Die Nationalversammlung habe keine Gewalt intendiert. Es habe sich vielmehr um lokale, situative Gewaltausbrüche gehandelt. Ferner könne man nicht von einer revolutionären

Gewalt sprechen, da es sich um „bekannte Gewalt“ gehandelt habe. Das entscheidende sei hingegen die Formation der einzelnen Akte, die verbunden wurde mit der Aufladung von Symbolen und in der Folge eine enorme Mobilisierungskraft bewies. Hier wurde der Zuhörer weiter zu der Frage geführt, wie man auf Volkserhebungen und Gewaltakte reagieren sollte. Sollte man diesen mit Gewalt im Sinne der *violentia* begegnen? Blickt man in diesem Zusammenhang auf die bisherigen Ereignisse während des ‚Arabischen Frühlings‘, so können unterschiedliche Reaktionen in den einzelnen Ländern seitens des Staatsapparates beobachtet werden. Allgemein festzuhalten wäre, dass vorerst mit Widerstand gegen die Bürgerbewegung reagiert wurde. Jedoch lassen sich beispielhaft unterschiedliche Entwicklungen erkennen. So haben die ehemaligen Präsidenten Ägyptens und Tunesiens, Hosni Mubarak sowie Zine el-Abidine Ben Ali, ihr Amt niedergelegt. Gegen sie laufen Gerichtsverfahren. Muammar al-Gaddafi kämpfte, lapidar formuliert, bis zum bitteren Ende und Baschar al-Assad geht weiterhin mit Gewalt gegen die Regimegegner vor.

Doch wie soll nun in der globalisierten Welt des 21. Jahrhunderts darauf reagiert werden? Sollte trotz des Prinzips der nationalstaatlichen Souveränität auf innerstaatliche Menschenrechtsverletzungen ein Eingriff von außen vorgenommen werden? Dürfen sich intra- und supranationale Institutionen in innerstaatliche Angelegenheiten einmischen und wenn ja, mit welchem Ziel und anhand welcher rechtlicher Grundlagen?

Mit zwei der angebotenen Veranstaltungen am Sonntag hatten die Besucher des „Weimarer Rendez-vous“ die Möglichkeit sich „Hinter den Kulissen der Gewalt“ umzusehen und sich „Zur Rolle der Diplomatie im Nahen und Mittleren Osten“ auseinanderzusetzen. Darauf folgend und zugleich damit verbunden wurde die Frage nach „Europas Traum(a): Abschied von der Gewalt als Mittel der Außenpolitik“ gestellt. In diesen Veranstaltungen konnten die Besucher einen Einblick aus erster Hand in die Gestaltung Internationaler Politik gewinnen. Sie konnten Näheres zu den rechtlichen Grundlagen der Entscheidungen der Vereinten Nationen (VN), den internationalen Verstrickungen und Wechselwirkungen sowie über die Ausübung versteckter Macht im Sinne von politisch-strategischen Kniffen erfahren. Hier lässt sich in der hochrangigen Besetzung des Panels durch Experten für Internationale Politik neben Andreas Krüger, Botschaftsrat 1. Klasse und Leiter des Politischen Referats an der Deutschen Botschaft Warschau, der charismatische Botschafter a.D. und heutige Präsident der Europa-Universität Viadrina Doktor Gunter Pleuger nennen. Dr. Pleuger überzeugte nicht nur durch seine offenkundige Direktheit, sondern vor allem durch seine Eloquenz. Aufgrund des Insiderwissens aus seiner Amtszeit als ständiger Vertreter der BRD bei den Vereinten Nationen (NV) von 2002 bis 2006 in New York City sowie aus seiner Amtszeit als Staatssekretär im Auswärtigen Amt wusste der Botschafter a.D. viel zu berichten.

In Bezug auf die Rolle der Diplomatie im Nahen und Mittleren Osten fragte er nach potentiellen Akteuren mit Führungsmacht. Nur durch starke Verhandlungsführer seien politische Lösungen zu erzielen. In diesem Zusammenhang macht er auf die „tektonische Machtverschiebung“ auf internationaler Ebene aufmerksam. Er begann seine Ausführungen

mit dem Vertrauensverlust, den die Vereinigten Staaten von Amerika (USA) und Europa erlitten hätten. Einerseits habe die USA aufgrund des Irakkrieges an Vertrauen eingebüßt. Dieser nicht durch den Sicherheitsrat der VN legitimierte Krieg beruhte auf die von den USA vertretenen Kriegsbegründungen. Sie warfen dem Irak die Existenz von Massenvernichtungswaffen im eigenen Land vor und kritisierten vermeintliche Beziehungen Saddam Husseins zu El Kaida. Jedoch erwiesen sich die beiden Begründungen als nicht haltbar, was kritisiert wurde. Andererseits habe sich der Glaubwürdigkeitsverlust der USA im Zusammenhang mit dem ‚double standard‘ der amerikanischen Außenpolitik manifestiert. Der jeweils unterschiedlich geartete Umgang mit Libyen und Syrien habe diesen mehr als deutlich zutage treten lassen, wenngleich Botschafter Pleuger auf politisch nachvollziehbare Gründe für das jeweilige Handeln der USA hinwies. Darüber hinaus habe auch Europa an Glaubwürdigkeit bezüglich ihrer Handlungsfähigkeit eingebüßt. Die Einzelinteressenvertretung der 27 Nationalstaaten beziehungsweise ihrem augenscheinlichen Problem sich bei internationalen Fragen abzustimmen, wie es das Abstimmungsverhalten in der Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) zeigte, als auch die diffuse Kompetenzverteilung auf Grund der Lissaboner Struktur seien Gründe für die eingeschränkte Handlungsmacht der EU. Weitere Akteure, die fähig und gewillt seien eine Führungsrolle in den Verhandlungen zu übernehmen, kämen nicht in Frage. Russland und China hätten dahingehend kein Interesse. Somit fragte der Botschafter a.D., wer noch bliebe, um eine tragende Rolle spielen zu können.

Er blickte auf die Entstehung neuer Regionalmächte, benennt Iran und Saudi-Arabien sowie die Türkei. Letztere sei derzeit um eine Einflussgewinnung im Nahen Osten bemüht und weise eine radikale Verschlechterung im Verhältnis zu Israel auf. Ferner zeige sie sich zunehmend distanziert gegenüber der EU sowie der NATO. Im Zusammenhang mit den Kräfteverschiebungen sei eine Neuaufstellung der Diplomatie nötig. Er selbst sieht das Weimarer Dreieck, die Kooperation zwischen Frankreich, Polen und Deutschland, zukünftig als starke Verbindung auf europäischer und internationaler Ebene an. Jedoch sei diese Konstellation noch nicht derart ausgeprägt, um als starker Verbund die derzeitige Führungskrise zu überwinden.

Mit einer Kritik an derzeitigen Strukturen der Europäischen Union (EU) sowie der VN führen die Referenten die gebannten Zuhörer anhand von Theorie und eingängigen Beispielen weiter ein in die Welt der Institutionengeflechte, den Kompetenzverteilungen sowie den strategischen Mitteln innerhalb der Diplomatie. An dieser Stelle wurde die Frage der Gewalt sowie der Gewaltverhinderung herauskristallisiert. Andreas Krüger ging näher auf die Entbrutalisierung einer Gewaltgesellschaft ein. Nach Montesquieu würde man, so beginnt Krüger, die Furcht als prägendes Element in einer Gewaltgesellschaft heranziehen. Zum einen die Furcht des Volkes. Zum anderen aber auch die Furcht des Herrschers vor der Dekonstruktion seiner Macht. Einen Ausweg sieht Andreas Krüger in der Einführung klarer Strukturen auf staatlicher Ebene, die mit einer Rechtssicherheit einhergehen würden. Er

plädiert in diesem Zusammenhang für eine Gewaltenteilung von Legislative, Exekutive und Judikative als das wesentliche Mittel zur Entbrutalisierung. Zur Etablierung neuer Institutionen müssten die Bisherigen eine De-Legitimierung erfahren. Entscheidend dabei sei, dass Vertrauen in die neuen Strukturen gelegt werden könne. An diesem Punkt können diplomatische Beziehungen praxisorientiert ansetzen. Beispielhaft wurde die UN-Mission im Irak (UNAMI) benannt. Beratend stehen sie dem Land bei dessen Aufbau bei. Sie waren unter anderem bei der Erstellung des Wahlgesetzes behilflich, unterstützten Wahlbeobachtungen, förderten die Ausbildung der Diplomaten und standen dem Land hinsichtlich technischer Fragen zur Seite. Im Bereich der Exekutive sollte das staatliche Gewaltmonopol nach innen, wie nach außen Anerkennung finden. Die Anerkennung nach außen sei gerade im Hinblick auf eine nachbarschaftliche Anerkennung schwierig aber konnte mittels Diplomatie erzielt werden. Andreas Krüger benennt ein weiteres Instrument namens EULEX. Es handelt sich hierbei, um ein europäisches Programm zur Etablierung rechtsstaatlicher Strukturen, welches beobachtende und beratende Funktionen ausüben soll und bisher nur im Kosovo Anwendung fand. Unumgänglich sei die Entstehung eines Wirklichkeitsbezuges. Die Gewaltenteilung sollte zu einem ‚gelebten Rechtssystem‘ im Zusammenhang mit der Erfahrbarkeit wirtschaftlichen sowie sozialen Fortschritts innerhalb der Bevölkerung führen. Doch müsse man sich der Tatsache der Prozesshaftigkeit und damit einhergehenden Dauer bewusst sein und Geduld aufbringen.

Im Zusammenhang mit der die Podiumsdiskussionsreihe abschließenden Veranstaltung „Abschied von der Gewalt als Mittel der Außenpolitik“ wurden einzelne Aspekte der Intervention seitens der VN sowie der EU aufgegriffen. Die Veranstaltung begann jedoch mit einer Darstellung Europas im 20. Jahrhundert mit all ihren Krisen und Kriegen sowie Fehlentwicklungen. Den Einstieg leistete Professor Doktor Hannes Grandits von der Humboldt Universität zu Berlin. Er konzentrierte sich auf die Geschehnisse zu Beginn des 20. Jahrhunderts auf dem Balkan. Es blieb wenig Platz für nähere Ausführungen, denn Doktor Klaus Hillinger - der Chefredakteur des Magazins G/Geschichte und Moderator der Veranstaltung – schien den Zuhörer anhand seines zurechtgelegten Fragekataloges durch das gesamte 20. Jahrhundert führen zu wollen. Dennoch kristallisierte sich schließlich die Frage heraus, warum die Welt nach 1989 nicht friedlicher geworden sei und worin die Schwierigkeiten in der Etablierung hinreichender Maßnahmen zur Gewaltvermeidung liegen. An dieser Stelle wurde erneut auf die Strukturen der EU sowie der VN hingewiesen, die bereits in der vorherigen Diskussion mit dem Botschafter a.D. besprochen wurden.

Auch im 21. Jahrhundert ist das Phänomen der Gewalt in seinen vielfältigen Facetten gegenwärtig. Wenngleich staatliche Ordnungen ein Gewaltverbot im Sinne der *violentia* negieren und internationale Institutionen für den Schutz der Individuen gegenüber Menschengewalt bestehen, so zeigt sich, dass ausreichende Maßnahmen zur Eliminierung der Gewalt wohl solange nicht existieren können, solange die Welt nach der bisherigen Funktionslogik agiert. Weiterhin beinhaltet die staatstragende Idee das Moment der Gewalt im Sinne eines staatlichen Gewaltmonopols. Doch bereits die zwischenmenschliche Ebene ist

letztlich durch verschiedenste Erscheinungsformen einer strukturellen Gewalt geprägt und wird Teil des menschlichen Daseins bleiben. Seien wir uns darüber bewusst und gehen verantwortungsbewusst damit um, so ließe sich vielleicht ein Fazit ziehen.

Abschließen ist festzuhalten, dass das gut besuchte „Weimarer Rendez-vous mit der Geschichte“ 2011 einen Einblick über zahlreiche Auseinandersetzungsmöglichkeiten mit und um Gewalt bot. Es wurde eine Bandbreite von Interessensbereichen für ein breites Publikum abgedeckt. Die gute Resonanz in vielen Veranstaltungen zeigte sich an den gut gefüllten Veranstaltungsräumen sowie an der regen Beteiligung in den Diskussionsrunden. Geschichte, so kann festgehalten werden, ist somit alles andere als abgeschlossen und langweilig. Sie hat wenig mit dem Wiedergeben von Daten als vielmehr mit thematischer Aufarbeitung, dem Hinterfragen von Quellen und vergleichenden Analysen zu tun. Zudem kann sie aktuelle Ereignisse aufgreifen. Immer wieder entwickeln sich neue Erkenntnisse zu historischen Ereignissen und alternative Denkansätze führen zu neuen Fragen, Perspektiven und Auseinandersetzungen. Mit welchem Thema sich das „Weimarer Rendez-vous“ als nächstes auseinandersetzen wird, ist noch nicht klar aber wir blicken gespannt auf ein hoffentlich ebenso erfolgreiches Geschichtsfestival im kommenden Jahr.

Tabea Hirsch